

Nummer 79

September
2000

Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

WAG wird verkauft!

Auch in Fohnsdorf viele Wohnungen betroffen!

KPO warnt vor schwerwiegenden Folgen für die Mieter

Die Regierung plant den Verkauf der bundeseigenen Gemeinnützigen Wohnbauträger. Im Paket der Regierung sind bereits 30 Milliarden Schilling an Erlösen vorgesehen.



Das berichtete die „Presse“ am 5.9.2000. Um diese Summe erzielen zu können, muß das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz entscheidend verschlechtert werden. Es wird sogar von einer möglichen Aufhebung der Mietpreisbeschränkung gesprochen, um den Käufern „eine attraktivere Rendite“, sprich höhere Mieten anbieten zu können.

(Fortsetzung Seite 2)

KPÖ fordert überbetriebliche Lehrwerkstätte

Ganztags-Kindergarten: ja oder nein
UMFRAGE!

Sozialabbau: Der Weg in die 2-Drittel-Gesellschaft

Landtagswahl: KPÖ

Auf keinen Menschen vergessen!

Liste 6

(Fortsetzung von Seite 1)

WAG wird verkauft : Auch Fohnsdorfer Mieter be-

Alle Entscheidungsträger in den steirischen Industrieregionen müssen schärfsten Protest gegen den geplanten Verkauf der WAG, die in der Steiermark zahlreiche ehemalige Werkswohnungen verwaltet, einlegen.

Laut ÖVP-Wohnbausprecher Walter Tancsits überlegt die Regierung, die bundeseigene Wohnungsanlagen AG (WAG) – sie ist mit einer Bilanzsumme von 9,6 Milliarden Schilling und 21.000 Wohnungen eine der größten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften in Österreich – sowie vier Eisenbahnerwohnungsgesellschaften und die Bundeswohnungsgesellschaft (Buwog) zu privatisieren.

Da nach den Bestimmungen des Wohnungsge-

meinnützigkeitsgesetzes ein Verkauf nur nach dem Wert des Stammkapitals möglich ist – das bei der WAG 70 Millionen Schilling beträgt – wäre für die Regierung eine Privatisierung nur durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen sinnvoll, um einen entsprechenden Erlös zu lukrieren. Kärntens Landeshaupmann Haider hat diese Gesetzesänderung bereits gefordert.

Aus der Sicht der betroffenen Menschen hat ein Verkauf der bundeseigenen Wohnungsgesellschaften nur negative Auswirkungen und ist daher strikt abzulehnen.

Die Menschen in unserer Region erinnern sich noch genau daran, was nach der Privatisierung der

SAALVERMIETUNG

Der große Saal der „Resti“ in Fohnsdorf, Josefiplatz 3a ist der passende Rahmen!

Modernisiert und renoviert ist er günstig zu mieten!

Suchen Sie
Räumlichkeiten
für eine große
Bere



Anfragen und Informationen:
KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21

Politikerprivilegien: Es geht auch anders

Es geht auch anders: Der Grazer Wohnungstadtrat Ernst Kaltenegger (KPÖ) verwendet von seinem Stadtratsbezug – 121.000 S brutto monatlich – 24.000 S für seinen Lebensunterhalt. Der Großteil wird für soziale Zwecke gewidmet.

In der laufenden Gemeinderatsperiode ist vom Stadtratsbezug bereits ein Betrag von über 1 Million Schilling für bedürftige Mieterinnen und Mieter ausgegeben worden. Das Geld wird unter anderem für den Einbau von Duschen, Anschaffung von Öfen, für Wohnungs-sanierungen, Rechtshilfe und Unterstützung für den Lebensbedarf verwendet. Mehr als 80 Mietern, denen die Delogierung gedroht hatte, wurde ebenfalls finanziell geholfen.

Stadtrat Kaltenegger legt jährlich zu Jahresende am „Tag der offenen Konten“ die Verwendung seines Politikerbezuges offen.



Der Grazer
Wohnungstadtrat Ernst
Kaltenegger (KPÖ)



friseur

H A A G
E L I S A B E T H

Ihr Friseur
macht's mög-

035 73/
37 55

Fohnsdorf, Hauptstraße 10b

Beratung
Mode
Qualität

Mega Sun
Sonnenstu-

Jugendcorner Airpower 2000 - Neutralität statt Militärregion Aichfeld

Am 30.6. und 1.7.2000 fand in Zeltweg zum zweiten Mal nach 1997 die Airpower-Flugshow statt. Waghalsige Flugmanöver und der technische Fortschritt der Fluggeräte lockten auch dieses Jahr mehr als 200.000 Besucher an.

Im Vorfeld dieser Flugshow wurden jedoch auch die Gegner einer weiteren Militarisierung der Region Aichfeld/Murboden aktiv. Das Komitee „Solidarität für Neutralität“ – bestehend aus Kommunisten, Unabhängigen und Mitgliedern der AMJ (Assoziation Marxistischer Jugendlicher) organisierte eine Protestkundgebung.

Die etwas dünne Basis der Aktivisten war nicht so sehr das Resultat der fehlenden Offenheit seitens des Komitees, als vielmehr Produkt der Zahmhaftigkeit der Grünen und des fehlenden Rückgrats der SPÖ – insbesondere der JG/SPÖ, die gegebene Versprechen brach.

Dabei gab es genügend Kritikpunkte, die in konstruktiver Art und Weise hätten verwertet werden können: An diesem Wochenende wurden täglich 500.000 Liter Kerosin steuerfrei in die Luft geblasen.



Während seitens des Bundesheeres der Flugesatzplan seit Jahren nicht mehr eingehalten worden ist, fand die Lärmbelastung für die Bevölkerung eine traurigen Höhepunkt.

Die Tourismusverantwortlichen sahen nur die kurzfristig honen Besucherzahlen und die damit verbundenen Einnahmen und nicht den Imageverlust für die ganze Region.

Während die Regierung nur mehr vom Sparen spricht, wurde diese Veranstaltung mit Millionen Schillingen gefördert. 24 Milliarden Schilling wurden für die Drakennachfolger bereits als Sonderfinanzierung bereitgestellt. Dabei bedeuten solche Militärflugzeuge nur Tod und Elend für viele Menschen.

Wir sehen in der geringen Zahl von einigen Dutzend Demonstranten nicht sosehr Enttäuschung, sondern vielmehr den Auftrag, den Kampf für eine friedliche, völkerverbindende Zukunft fortzusetzen.

Samuel Stuhlpfarrer (AMJ)

Lehrlingsausbildung - Lehrwerkstätten

Schon im Juli warnte der Leiter des AMS-Steiermark, Hans Kaiser, vor einem gravierenden Mangel an Facharbeitern in den kommenden Jahren. Im September brachte dieses Problem der Arbeitsmarktexperte des WIFO, Norbert Gelder, zur Sprache.

Im Zuge der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie wurden auch die Lehrwerkstätten zuge-sperrt, von deren Fachkräften

viele Klein- und Mittelbetriebe profitierten, da sie selber kaum Lehrlinge ausbildeten.

Auch die letzte Lehrwerkstätte in unserer Region, die der ÖBB Knittelfeld, ist massiv gefährdet und durch das Sparprogramm der Bundesregierung sollen die Lehrlingsstiftungen eingespart werden. Ca. 3000 Lehrlinge könnten dadurch heuer noch ohne Ausbildungsplätze dastehen.

Die KPÖ forderte schon vor einem Jahr die Schaffung einer

überbetrieblichen Lehrwerkstätte in der Region Aichfeld, die von Unternehmen und der öffentlichen Hand gefördert werden müsse.

Angesichts der besorgnisserregenden Aussagen von Experten wäre die Verwirklichung einer solchen Einrichtung notwendiger denn je – nicht nur für die Jugendlichen, die durch eine fundierte Ausbildung eine Zukunftsperspektive hätten, sondern auch für den Wirtschafts- und Industriestandort Aichfeld/Murboden.

Achtung vormerken!!

Informationsveranstaltung
„Gewerkschaften
im Widerstand“
– am Beispiel Pakistan –

Freitag,
10. November, 19 h
„Resti“, Josefiplatz 3a, Fohnsdorf

Einer der Präsidenten der PTUDC
referiert über die Lage der Gewerkschaften,
Kinderarbeit und die gesellschaftliche
Situation in Pakistan

Veranstalter:

AMJ, KPÖ, Grüne Akademie, „Der Funke“
(marxistische Zeitschrift in Sozialdemokratie
und Gewerkschaft)

KPÖ

**Auf keinen
Menschen
vergessen!**

Lieber gleich **KPÖ** wählen!



ENERGIE aus Bio-Masse

BIO-DIESEL



Pellets • Heizöl • Diesel • Holz • Kohle

STADLOBER

BRENNSTOFFE

Tel. 0 35 73 / 37 11 – Fax 33 50

FOHNSDORF • JUDENBURG

Materialien zum Jugoslawienkrieg:

Sammlung von Aufsätzen er-

Unter dem Titel „Humanitärer Militärschlag – Materialien zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien“ ist vor kurzem eine Broschüre erschienen, die versucht, Licht ins Dunkel von „Medienereignissen“ zu bringen, die zum Kosovo-Krieg führten. Der Salzburger Völkerrechtler Michael Gestlinger und der Grazer Philosoph Werner Sauer geben allen Interessierten Argumente gegen die Manipulationsmacht der Medien in die Hand und decken auch die Ziele auf, die hinter dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien standen.

Gegen einen Unkostenbeitrag von 50 Schilling kann die Broschüre bei der KPÖ-Fohnsdorf, Tel. 03573 / 2166, bestellt werden.



Josef Ebner

vorm Frank

Sämtliche Reparaturverglasungen,
Kunstverglasungen, Bilderrahmen

Fohnsdorf, Judenburger Straße 1a, Tel. 21
04

Flächenwidmungsplan: Die Geschichte ist noch nicht zu Ende!

In der Gemeinderatssitzung vom 4.5.2000 berichtete Bürgermeister Straner, daß die dem Land Steiermark vorgelegte Revision des Flächenwidmungsplanes zurückgezogen worden sei. Vom Land wurden sehr viele Mängel festgestellt, die zu korrigieren seien.

Derzeit wird diese Mängelbehebung vorbereitet, der Raumordnungsausschuß wird sich im Oktober mit den einzelnen Punkten

befassen. Betroffene Gemeindeglieder werden schriftlich verständigt und angehört.

Im Dezember wird der Gemeinderat in seiner Sitzung über die Änderungen beraten und beschließen.

Danach kann dem Land Steiermark die geänderte Revision erneut vorgelegt werden.

Das Land Steiermark muß dann innerhalb von 6 Monaten diesen Flächenwidmungsplan behandeln.

„Sparprogramm“ der blau/schwarzen Regierung: Nichts anderes als Sozialabbau

Die vielstrapazierten Schlagworte von der „sozialen Treffsicherheit“ und der „sozialen Gerechtigkeit“ entpuppen sich immer deutlicher als gewöhnliche Einsparungen bei Sozialleistungen.

So sollen 5 Milliarden Schilling eingespart werden:

- Besteuerung der Versehrtenrenten,
- Ruhensbestimmungen bei Versehrtenrenten,
- Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung kinderloser, nicht berufstätiger Frauen und
- eine 4-Wochen Wartefrist bei Auszahlung des Arbeitslosengeldes bei einvernehmlicher Kündigung.
- Auch die Mittel für das AMS könnten weiter reduziert werden.
- Außerdem werden entgegen früheren Beteuerungen der halben Regierung ab Herbst 2001 pro Semester 5000.- Schilling an

Studiengebühren eingehoben. Das sind 10.000.- Schilling pro Jahr für jeden Studenten. Schon jetzt müssen viele Studierende zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten gehen, durch diese zusätzliche Belastung wird es vielen jungen Leuten, die finanziell schwächer gestellt sind, überhaupt nicht mehr möglich sein, ein Studium zu beginnen.

Soziale Treffsicherheit: Es trifft immer die Schwachen

Die Treffsicherheit ist mit allen diesen Maßnahmen auf jeden Fall gegeben – es trifft, wie immer, die sozial Schwachen, die sich dagegen am wenigsten wehren können.

Die KPÖ ist vehement gegen eine solche Politik – eine Stimme für die KPÖ bei den Landtagswahlen wäre ein sichtbares Zeichen für die Ablehnung dieser Maßnahmen!



Der Gewerkschaftliche Linksblock informiert:



Wir möchten uns noch einmal für die Unterstützung der Wähler, die es ermöglicht haben, daß wieder ein GLB-Vertreter in der Arbeiterkammer Steiermark vertreten ist, bedanken.

Wir werden ihr Vertrauen sicher nicht enttäuschen und schon im Oktober Sprechtag unseres Kammerrates Peter Scherz in der „Resti“ in Fohnsdorf anbieten.

Den genauen Termin entnehmen Sie bitte unseren Anschlagtafeln und dem Info-Kanal.

Ihre Dr. Birgit Kampl
(Stellvertreter AK-Rat)

Impressum: Medieninhaber:
KPÖ-Bezirksleitung Fohnsdorf, 8753,
Josefplatz 3a Druck: 8020 Graz,
Lagergasse 98a

Wählen Sie mit!

Für viele Menschen hat das Wählen seinen Sinn verloren. Die Politiker machen ohnehin, was ihnen die Wirtschaft und die EU vorschreiben. Ihnen geht es nur um ihre Spitzengehälter und um ihre Privilegien.

Das meinen viele Menschen. Und sie haben recht. Deshalb gehen immer weniger von ihnen zur Wahl.

Dabei lassen sie aber folgende Tatsache außer acht: Die niedrige Wahlbeteiligung ist am Tag nach der Wahl vergessen. Sie hat nur bewirkt, dass die herrschenden Parteien weniger Stimmen für ein Mandat gebraucht haben. Sie hat nur bewirkt, dass die herrschenden Parteien weniger Stimmen für ein Mandat gebraucht haben. Sie reden von einem Wahlsieg, wenn sie Tausende Stimmen verloren haben.

Sie bekommen um keinen einzigen Schilling an Parteienförderung und Wahlkampfkostenrückerstattung weniger.

Für sie ist es ein Wahlsieg, wenn die Unzufriedenen nicht wählen. Die Nichtwähler wären die stärkste Partei im Lande, sie bewirken aber überhaupt nichts.

Wenn aber viele Menschen auf einmal der KPÖ ihre Stimme geben, dann würde das die herrschenden Parteien aufrütteln. Die KPÖ ist eine kleine Partei, sie kann keine Bäume ausreißen. Sie zeigt aber auf, was die anderen verschweigen.

Und Stimmen für die KPÖ haben eine positive Wirkung für die arbeitenden Menschen:

Die KPÖ zeigt soziale Kompetenz. Wir treten für die Menschen ein, die von den herrschenden Parteien vergessen werden. Diese soziale Kompetenz wäre auch für den Landtag wichtig.

Aber selbst ein Achtungserfolg am 15. Oktober ist für uns nur dann möglich, wenn viele Steirerinnen und Steirer die einfache Tatsache beherzigen: Stimmen für die KPÖ sind wirksamer als Nichtwählen.

Landtagswahl

Dafür steht die KPÖ:

Gute Arbeit, Klare Ziele und vernünftige Vorschläge

- Zuzahlungsmodell für Wohnungen. Die **Wohnkosten** dürfen ein Drittel des Familieneinkommens nicht überschreiten.
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf **Mieten**, statt Erhöhung auf 20 Prozent, die durch die EU droht.
- Schaffung von überbetrieblichen **Lehrwerkstätten** in den steirischen Regionen!
- Soziale, wirtschaftliche und politische **Gleichstellung** der Frauen
- Tarif- und **Gebührenstopp** in den Gemeinden!
- Der Ausnahmeentfall der Gemeinden durch neue Bundesgesetze ist durch die ersatzlose Streichung der **Landesumlage** wettzumachen.
- Schluss mit allen **Politikerprivilegien!** Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen; z.B. 15.000S im Monat. Der höchste Politikerbezug (Bundespräsident, Bundeskanzler) darf das Zehnfache dieses Mindestlohnes nicht überschreiten!
- **Mindestlohn** von 15.000.- Schilling, Grundsicherung durch garantierte existenzsichernde Mindesteinkommen bei Arbeitslosigkeit, in der Karenz und bei den Pensionen!
- Hände weg vom **Sozialstaat**. Sicherung des Pensionssystems auf Grundlage des Umlageverfahrens und Sicherung der Krankenversicherung

Die KPÖ-Kandidaten in unserem Wahlkreis

Dr. Werner Murgg,
Angestellter



Dr. Birgit Kampl,
Betriebswirtin



Franz Rosenblattl,
ÖBB-Bediensteter



Gabriele Leitenbauer,
Angestellte



Karl Fluch,
Angestellter



Martina Tschmuck,
Pflegehelferin



Gerd Wieser,
Werksarbeiter



Ing. Renate Pacher,
Angestellte



Heinrich Gampmayer,
Pensionist



Christian Wernbacher,
Elektriker



am 15. Oktober

Damit die Mächtigen wirklich „rot“ sehen

Für viele Menschen hat das Wählen seinen Sinn verloren. Die Politiker machen ohnehin, was ihnen die Wirtschaft und die EU vorschreiben. Ihnen geht es nur um ihre Spitzengehälter und um ihre Privilegien. Das meinen viele Menschen. Und sie haben recht. Deshalb gehen immer weniger von ihnen zur Wahl.

Eine niedrige Wahlbeteiligung ist aber einen Tag nach der Wahl vergessen. Sie hat nur bewirkt, daß die herrschenden Parteien weniger Stimmen für ein Mandat gebraucht haben. Auch wenn sie tausende Stimmen verloren haben, sprechen sie noch immer von einem Wahlsieg. Sie bekommen auch um keinen einzigen Schilling an Parteienförderungen und Wahlkampfkostenrückerstattung weniger. Die Nichtwähler wären die stärkste Partei im Land. Aber durch Nichtwählen unterstützen sie die regierenden Parteien.

Stimmen für die KPÖ würden diese Parteien aufrütteln. Die KPÖ ist eine kleine Partei, sie kann keine Bäume ausreißen. Aber sie zeigt auf, was andere verschweigen.

Und Stimmen für die KPÖ haben eine positive Wirkung für die arbeitenden Menschen.

Beispiel Graz:

Bei der Gemeinderatswahl 98 hat die KPÖ 8% der Stimmen erreicht. Ernest Kaltenegger wurde zum Wohnungsstadtrat gewählt. Seither wurden die Wohnungskosten auf ein Drittel des Haushaltseinkommens beschränkt, es hat eine Mietzinssenkung gegeben und die Hausherren sind vorsichtiger geworden.

Beispiel Gemeinden:

In Eisenerz, Trofaiach, Leoben, Knittelfeld, Fohnsdorf, Judenburg, Mürzzuschlag und Gußwerk treten KPÖ-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für Information, Initiative und Kontrolle ein. Das bringt der Bevölkerung ganz konkrete Vorteile.

Beispiel AK und Betriebe:

Kommunisten wirken als Betriebsräte in wichtigen steirischen Großbetrieben und als Vertrauensleute bei der ÖBB für die Beschäftigten. Seit der AK-Wahl im Mai ist

der Kommunist Peter Scherz als Kammerrat auch in der Arbeiterkammer aktiv. Ihr gemeinsames Anliegen: Die arbeitenden Menschen dürfen nicht als Kostenfaktor gesehen werden, die geschaffenen Werte müssen gerecht verteilt werden.

Die KPÖ zeigt soziale Kompetenz. Diese wäre auch im Landtag wichtig.

**Deshalb ersuchen
wir Sie:
Gehen Sie zur Wahl
und wählen Sie
lieber gleich KPÖ**



**Damit die
Mächtigen
WIRKLICH ROT
sehen**

Dr. Werner Murgg,

Spitzenkandidat der steirischen KPÖ



